Nr. 189 — 21. Jahrg. — Donnerstag, 17. August 1922

Fernsprecher: Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Monat August 36 M. Einzelnummer 1.50 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal. Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 6 M., für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 5 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 25 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 2 M., bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Papierlieferungen usw. erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt. Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Inhaber P. Beck, Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Kurjat, An der Petrikirche 4

Tagesschau

Poincaré hat mit de Lasteyrie und den Mitgliedern der französischen Delegation am 15. August gegen Mittag London verlassen.

Die Zahlung von 10 Millionen Goldmark an die Entente ist am 15. August erfolgt.

Die rheinisch-westfälische Privatindustrie hat beschlossen, infolge der ungeheuren Steigerung der Kosten für Baumaterialien und Löhne einen Teil ihrer Industrie- und Wohnungsbauten einzustellen.

Tschechische Blätter beschäftigen sich mit einer bevorstehenden Demission der Regierung Benesch.

Regierungspräsident Dr. Momm-Wiesbaden ist, wie die Deutsche Tagespresse meldet, auf Befehl der interalliierten Rheinlandkommission mit Wirkung vom 16. August seines Amtes enthoben worden.

Das Kohlenamt der Stadt Berlin hat an drei verschiedenen Stellen Großberlins etwa 7000 Zentner Steinkohle im Werte von mehr als 1 Million Mark beschlagnahmt. Die beschlagnahmte Kohle wird unverzüglich den gemeinnützigen städtischen Anstalten zugeführt werden.

Bei Bergenfield im Staate New-Jersey (Nordam.) wurden auf einen Eisenbahnzug drei Bomben geworfen. Die Fenster von drei Wagen wurden zertrümmert und etwa 12 Reisende verletzt.

Die tiroler Bevölkerung ist wegen der steten Zunahme des Fremdenverkehrs und über die Preiserhöhungen beunruhigt und bereitet neue Maßnahmen zur Unterbindung des Fremdenverkehrs vor.

Gregor der Große — Pius XI.

Von Dr. Max Bierbaum, Rom

Als Gregor der Große seine Predigten in den weiten Hallen von St. Peter vor den Römern hielt, war Stadt und Land ein Trümmerfeld. Die Prachtwerke des klassischen Altertums auf dem Forum und auf den Höhen des Palatin waren am Zerfallen. Und die Ruinen aus Marmor und Ziegelsteinen waren zugleich ein Sinnbild des viel schrecklicheren politischen und wirtschaftlichen Ruins des römischen Weltreiches. In der Tiberstadt selbst wütete — man schrieb das Jahr 590 — Hunger und Pest.

Gregor sah das Elend und fühlte es, er rief das hungernde und fiebernde Volk nach St. Peter in die weiten fünfschiffigen Hallen Konstantins und entwarf erschütternde Bilder von den Strafgerichten Gottes. „Unser Herr — so klagte der römische Bischof — zeigt uns, welches Elend der ergrauenden Welt folgt. Denn von welchen Uebeln wird die Welt jetzt nicht niedergedrückt? Welches Mißgeschick setzt uns nicht in Sorge? . . . Die Städte sind zerstört, die Kastelle geschleift, die Aecker verwüstet, die Erde zur Einöde gemacht. In welchem Zustand aber Rom, einst die Herren der Welt, zurückgeblieben ist, erkennen wir nur zu gut: von unermeßlichem Schmerz, von Entvölkerung der Bürger, vom Sturm der Feinde, vom Schritt der Ruinen ist sie darniedergebeugt . . .!"

Aber derselbe Bischof, der die Römer mit dem Gedanken an Untergang, Tod und Gericht vertraut machte, sorgte — nach dem Urteil eines nichtkatholischen Geschichtsschreibers — zugleich für ihre Lebensrettung. „Das Wohl der Stadt war seine erste Pflicht und die Zeit von solcher Art, daß sich der Bischof als ihren wahren Regenten betrachten mußte. In diesem schrecklichen Ruin gab es nur ein Asyl, die Kirche, und nur einen Helfer und Retter, den Papst!" Er betrieb die Kornsendungen, suchte die zerstörten Wasserleitungen wieder instand zu setzen, und öffnete die Vorratskammern der kirchlichen Güter. Ein Konsul und zugleich ein Vater seines Volkes!

„Mundus senescit," die Welt wird greisenhaft. Und wiederum traten Päpste auf, um Rettung zu bringen und blühendes Jugendleben vor dem Verfall zu bewahren. Man denke nur an den fünfzehnten Benedikt, der unermüglich für die Kinder Mitteleuropas gesammelt und durch seine ergreifenden Mahnungen das Mitleid der Satten und Reichen aufgeweckt hat. Selbst ohne weltlichen Besitz und des Patrimoniums Petri beraubt, gab er mit vollen Händen; offen und noch mehr vielleicht im Stillen.

Pius XI. folgt seinen Spuren. Er hat vom Grabe des hl. Karl Borromäus, jenes großen Apostels der Caritas, echte, tiefe Menschenliebe mit in die Prachträume des Vatikans gebracht. Und täglich dringender, flehendlicher kommen jetzt die Hilferufe aus Osteuropa an sein Ohr. Was er bereits für das hungernde, sterbende Rußland getan hat, ist durch die Presse längst bekannt geworden. Seine letzte Tat ist eine Schrift, die in diesen Tagen die vatikanische Druckerei verlassen hat. Klein und bescheiden an Umfang. Aber dafür um so inhaltsschwerer. Ein bleibendes Dokument oberhirtlicher, christlicher Menschenliebe.

Das kleine Heft von 12 Seiten trägt den Titel: Das päpstliche Hilfswerk für die ausgehungerten Kinder in Rußland und ist geschmückt mit dem Bilde der Gottesmutter von der immerwährenden Hilfe, die auch in Rußland hohe Verehrung genießt. Es folgt auf der zweiten und dritten Seite eine prächtige Photographie des jetzigen hl. Vaters mit folgendem Autograph: „Allen, welche diese Seiten, die Boten des traurigsten Unglücks, lesen und sich bewegen lassen, von Mitleid gegen das ungeheure Heer von verhungernden Kindern und ihnen nach dem Maß ihrer eigenen Mittel zu Hilfe kommen werden, segnen wir von Herzen, indem wir Gott bitten, er möge, wie es sicherlich sein wird, ihrer Liebe ein reicher Vergelter sein." Der eigentliche Text der Werbeschrift beginnt in vornehmer Pietät mit den Worten, die Papst Benedikt in seinem Briefe vom 5. August 1921 an Kardinal Gasparri zugunsten der russischen Hungersnot richtete, und geht dann zu einer kurzen, eindrucksvollen Schilderung des Kinderelendes über. Die wenigen Zeilen, die niemand ohne Ergriffenheit lesen wird, erhalten eine furchtbare Illustration durch sechs Bilder, auf denen bis zum Skelett abgemagerte und sterbende Kinder dem Leser entgegentreten. Eine brutale Wirklichkeit! Eine der Gottesgeißeln des 20. Jahrhunderts!

Zum Schluß wird über die päpstliche Abordnung berichtet, die jetzt bereits mit Hilfsmitteln in Rußland angekommen ist. Ihr Zweck ist, wie nochmals mit besonderem Nachdruck betont wird, „ohne politische oder konfessionelle Vorurteile auf direkte und sichere Weise die brüderlichen Gaben den armen Verhungernden auszuteilen, vor allem den unschuldigen Kindern. Oder haben nicht die Unschuldigen ein größeres Recht auf Mitleid und Hilfe?"

Auf der Rückseite des Heftumschlages wird ausdrücklich bemerkt, daß alle Gaben direkt an S. Heiligkeit Papst Pius XI., Rom, Vaticano, geschickt werden mögen. An der christlichen Welt ist es nun zu zeigen, ob sie inmitten der eigenen Not und Misere noch offene Herzen und Hände für fremdes Elend hat, und dabei die Frage der Schuld am Elend großmütig zurückzustellen vermag. Wie sagte doch Gregor, der Bischof von Rom, vor den niedergebeugten Römern in St. Peter: „Wer noch an Christus glaubt, aber der Habsucht nachgeht, der verachtet es Jesus zu folgen, an den er glaubt."

K. K.

Die Unmöglichkeit der Erfüllung

Berlin, 15. August. An den Berliner amtlichen Stellen liegt außer der bereits bekanntgegebenen Note der Reparationskommission keinerlei Benachrichtigung der Entente vor, obwohl heute nicht nur die Reparationszahlung von 50 Millionen Goldmark, sondern auch die Ausgleichszahlungen in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling, damit weitere rund 40 Millionen Goldmark, fällig sind. Der Matin läßt sich zwar aus Berlin melden, die deutsche Regierung verfüge über 2 Millionen Pfund Sterling, um einem Verfalltermin aus den Londoner Vereinbarungen vom 10. Juni 1921 begegnen zu können. Nach den Feststellungen an zuständiger Stelle ist dies keineswegs der Fall. Die Reichsregierung ist nur in der Lage, die in ihrem Stundungsgesuch angegebenen Ausgleichszahlungen von 500 000 Pfund Sterling, also den vierten Teil der fälligen Ausgleichssumme zu leisten.

Erklärungen Poincarés

Poincaré hat gestern abend den Vertretern der Pariser Presse erklärt: Ich glaube nicht, daß jemand die französische Delegation anklagen wird, daß sie es im Verlaufe der letzten zehntägigen Beratungen an Geduld habe fehlen lassen. Keiner unserer Vorschläge ist angenommen worden. Unser Recht in der Reparationsfrage ist unantastbar. Als wir im Mai des vorigen Jahres den Zahlungsplan annahmen, hofften wir, kein weiteres Entgegenkommen mehr bezeugen zu müssen. Aber seit dieser Zeit hat sich Deutschland nicht nur dem Zahlungsplane entzogen. Es hat auch den Beweis geliefert, daß es eine systematische Entwertung der Mark verfolgt. Andererseits hat Deutschland keine auswärtigen Schulden. Seine innere Schuld wird geringer in dem Maße, in dem die Mark fällt. Mit einem Worte, Deutschland verfolgt mit Beharrlichkeit eine Politik, die es ihm gestattet, vor den Augen Europas bankrott zu machen und so eine neue Herabsetzung des Zahlungsplanes zu erlangen. Unzweifelhaft ruiniert das Reich seinen Kredit. Aber es hat die Alliierten, eine innere Anleihe zu begründen, die ihm seinen Kredit wiedergeben soll. Deutschland hat außerdem, daß die erste Kreditoperation, die man ihm ermögliche, ohne Zwang und ohne Pfand erfolge. Wenn nun diese Kreditoperation etwa 20 Milliarden Mark für die Reparationen ergeben sollte, so würde Deutschland annehmen, daß es genug bezahlt habe. Seine Lage würde also dann besser sein als die der siegreichen Nationen. Es würde alsdann den Staaten der Alliierten die Hegemonie in der Welt wieder abnehmen, welche die Alliierten ihm entrissen haben. Wir wollten alsdann, daß die Reparationskommission die beabsichtigten Verfehlungen Deutschlands feststellt. Aber wir wurden daran durch die von der englischen Regierung ergriffene Initiative gehindert. Diese erklärte, ohne uns vorher verständigt zu haben, es sei unerläßlich, das Moratorium zu bewilligen. Wir sind der Ansicht, daß diese Initiative freundschaftlich ist, daß sie aber die Entente in Gefahr gebracht hat.

10 Millionen Goldmark als Ausgleichszahlung überwiesen

W. T. B. Berlin, 15. August. Die deutsche Regierung hatte durch gleichlautende Noten vom 14. Juli an die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den Antrag gestellt, hinsichtlich ihrer Verpflichtungen aus dem Ausgleichsverfahren eine anderweitige Regelung zu treffen, und dabei zum Ausdruck gebracht, daß die monatlichen Zahlungen im Ausgleichsverfahren eine halbe Million Pfund nicht überschreiten sollten. Auf diesen Antrag ist der deutschen Regierung die erwartete gemeinsame Entscheidung der alliierten Mächte bisher nicht zugegangen. Die deutsche Regierung hat deshalb, entsprechend ihrer der französischen Regierung in der Note vom 5. August gegebenen Zusage, auch für den Fall des Ausbleibens einer gemeinsamen Entscheidung der alliierten Mächte ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen, heute **einen Gesamtbetrag von 500 000 Pfund Sterling zur Verfügung gestellt.** Dieser Betrag ist dem britischen und dem französischen Ausgleichsamt, welche für die heute stattfindende Abrechnung im Kredit sind, nach dem Verhältnis ihrer Kreditsalen überwiesen.

Nach dem heutigen Stande der Mark entspricht diese Leistung einem Betrage von 2,4 Milliarden Papiermark und stellt deshalb eine ganz gewaltige finanzielle Kraftanstrengung dar, die in der Tat bis an die Grenze des für Deutschland im gegenwärtigen Moment Erfüllbaren reicht.

Amerika und Poincaré

Paris, 16. August. (Berl. Lok.-Anz.) Der Neuyorker Vertreter des Daily Telegraf hatte eine Unterredung mit einer Persönlichkeit, die dem amerikanischen Kabinett nahesteht. Diese erklärte, daß Poincaré, wenn er so fortfährt, den Platz des europäischen Friedensstörers und Unruhestifters auf dem Kontinent einnehmen werde. Seine Politik sei eine Politik des Unrechtes und er solle es sich wohl überlegen, bevor er den letzten Schritt ins Dunkle tue.

Amerikas Ansichten über die Anleihe

tu. **Neuyork**, 16. August. In amerikanischen Finanz- und politischen Kreisen wird der Fehlschlag der Londoner Konferenz tief bedauert, weil dadurch die für Amerikas Wohlfahrt ebenfalls nötige Wiederherstellung des Gleichgewichtes in Europa verzögert werde. Die Geschäftsleute erkennen an, daß Deutschland zunächst in die Lage versetzt werden müsse, den Markkurs wieder aufzubessern, ehe es an eine neue Besteuerung denken könne. Zu diesem Zwecke aber müsse Deutschland eine große äußere Anleihe erhalten, die es aber wiederum nicht auf Grund des heutigen Standes der Reparationsforderungen aufnehmen könne. Das wisse Poincaré ebenso gut wie Lloyd George. Bedeutende finanzielle und wirtschaftliche Sachverständige sind der Ansicht, daß mit einem Moratorium für die Barzahlungen des Jahres und der Abgabe von 26 Prozent auf die Ausfuhr, wie sie Lloyd George vorschlug, diese Anleihe wahrscheinlich zustande kommen könne.

•

Die Daily Telegraf über Bergmann

tu. **Paris**, 16. August. Aus London wird berichtet: Daily Telegraf berichtet, Staatssekretär a. D. Bergmann habe aus Berlin ein Telegramm erhalten, worin mitgeteilt werde, der Reichskanzler sei außerstande, einer schärferen Finanzkontrolle als der mit dem Garantiekomitee vereinbarten zuzustimmen. Für eine weitere Ausdehnung der Kontrolle seitens der Alliierten würde im Reichstag keine Zustimmung zu haben sein. Die letzten Abmachungen mit dem Garantiekomitee wurden vom Reichstag nur unter der Bedingung genehmigt, daß damit die Angelegenheit erledigt wäre.

Deutsches Reich

Berlin, 16. August. Am gestrigen Mittag 12 Uhr wurde in einer Chefbesprechung die durch die Londoner Entscheidung gegebene Lage, in erster Linie das Reparationsproblem besprochen. Die durch den Abbruch der Londoner Konferenz geschaffene politische Lage wird als äußerst kritisch betrachtet; es machen sich pessimistische Stimmen geltend, die den weiteren Verfall als unaufhaltsam halten.

Das Steigen des Dollars auf 1080 illustriert am sichtbarsten die Lage.

Die Erschöpfung Deutschlands durch die Devisenzahlungen

Berlin, 15. August. Die Reichsregierung hat heute die in ihrem Stundungsgesuch in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen als mögliche Höchstleistung angegebene Summe von einer halben Million Pfund Sterling, also den vierten Teil der fälligen Summe, bezahlt. Es wird aber hervorgehoben, daß ihr die Aufbringung der erforderlichen Devisenmittel unter unglaublich verschlechterten Verhältnissen nur mit der denkbar größten Mühe möglich war.

Der Anschlag gegen Scheidemann aufgeklärt

Kassel, 15. August. Die in Kassel festgenommenen Angeschuldigten Hustert und Oehlschläger legten ein umfassendes Geständnis ab. Danach führten die beiden die Tat nach vorheriger Verabredung gemeinsam aus. Als sie am Pfingstsonntagnachmittag den Oberbürgermeister in die Straßenbahn steigen sahen, folgten sie ihm während des ganzen Weges von Wilhelmshöhe durch den Wald. Oehlschläger trug in einem Blechbehälter die Blausäurespritze, außerdem führten sie eine Mehrladepistole mit sich. Auf dem einsamen Wege nach Möllersruh hielt Oehlschläger den Zeitpunkt für gekommen und übergab die Spritze Hustert mit den Worten: Nun mach's! Hustert spritzte dann dem Oberbürgermeister Blausäure ins Gesicht. Oehlschläger hielt sich in unmittelbarer Nähe auf. Als er den Oberbürgermeister fallen sah, hielt er ihn für erledigt. Beide bestreiten, in Kassel Mitwisser gehabt zu haben.

SLUB
Wir führen Wissen.